

KLIMA EXPRESS

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Friends of the Earth Germany

Ausgabe Nord

■ **Sieben neue Kohlemeiler wollen Energiekonzerne und Politiker in den nächsten Jahren den Menschen und der Natur an der Niederelbe zumuten – das ist ein Viertel aller geplanten deutschen Großkraftwerke. Ab 2015 soll die Renaissance des Rußes zwischen Hamburg und Nordsee mit insgesamt fast 8.000 Megawatt Strom die Bilanzen der Konzerne aufbessern – auf Kosten des Klimas. Die Menschen rund um Brunsbüttel und Stade bängen um Lebensqualität und Gesundheit, Tourismus, Fischerei und Obstbau. Der Elbstrom wird endgültig zum Schifffahrtskanal und Kühlwasser-Reservoir degradiert.**

Während betroffene Bürgermeister wie der Stader Andreas Rieckhof (SPD) und sogar Niedersachsens Umwelt- und Klimaschutz-Minister Hans-Heinrich Sander (FDP) einfach nicht daran glauben wollen, dass etwa in Stade gleich drei Großkraftwerke entstehen werden, arbeiten sechs Riesen der Energiebranche Schritt für Schritt an der rechtlichen und technischen Realisierung ihrer Kohlemeiler in Brunsbüttel, Stade und Hamburg. Das Unternehmen GDF Suez (vormals Electrabel), das bereits in Wilhelmshaven einen Kohleofen baut, will sogar an zwei Standorten investieren. Die Konzerne machen Ernst, so die Überzeugung vieler Menschen in der Region. Fünf Bürgerinitiativen beiderseits der Elbe kämpfen deshalb mit Unterstützung des BUND bereits gegen einen neuen „Kohlenpott“ am Strom. 700 Menschen, darunter 50 Landwirte mit ihren Traktoren, demonstrierten im Februar 2009 in Brunsbüttel. In Stade gelang es, gerichtlich einen Bebauungsplan zu kippen und so das Projekt der GDF-Suez vorerst zu stoppen.

Bauern aus dem Alten Land, Deutschlands größtem geschlossenen Obstanbaugebiet zwischen Stade und Hamburg, fürchten, dass sie ihre Ernte nicht mehr verkaufen können, wenn Feinstäube und Schwermetalle aus den Schloten der Kraftwerke Äpfel und Kirschen belasten. Allein schon den Ruf, im Schatten von riesigen Kohlemeilern Obst zu produzieren, halten die Altländer Bauern für geschäftsschädigend.

Mediziner warnen: Vorbelastung durch Luftschadstoffe

Mediziner aus dem schmucken Hansestädtchen Stade weisen auf die Vorbelastung in der Region hin. So hat ausgerechnet eine Auswertung im Auftrag des E.ON-Konzerns ergeben, dass im Raum Stade die Luftwerte an dioxinähnlichen PCB (polychlorierte Biphenyle) fast dreifach über den von der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz empfohlenen Werten liegen. In Vordeichsländereien der Haseldorfer Marsch am Elbufer gegenüber Stade wurde das Seveso-Gift in erhöhter Konzentration ebenfalls nachgewiesen. 30 Ärzte und Zahnärzte aus Brunsbüttel und dem benachbarten Marne warnen in öffentlichen Anzeigen vor den Schadstoffen aus den Schornsteinen der Kohlekraftwerke. Insbesondere Kinder müssten vor den Emissionen geschützt werden. Alle Kraftwerke in Brunsbüttel zusammen, so haben die Bürgerinitiativen ausrechnen lassen, würden jährlich 1.300 Tonnen Staub, 13.000 Tonnen Schwefeldioxid, 7 Gramm Dioxine und Furane sowie 2.200 Kilogramm Quecksilber in die Luft blasen – jenes giftige Element, das jüngst von der EU geächtet worden ist.

Unterdessen bemühen sich Konzerne wie E.ON, der in Stade ein 1100-Megawatt-Steinkohlekraftwerk bauen will, um psychologische Schadensbegrenzung. Kritiker sollen in einem nicht öffentlich tagenden „Kraftwerksforum“ vom Nutzen des Kohle-Projekts überzeugt werden. Der Stader BUND lehnt die Einladung zum Runden Tisch konsequent ab: „Kein Kompromiss in Sachen Kohlekraft“, so die Begründung. Lediglich über ein Gaskraftwerk (GuD) könne gesprochen werden. Das aber hat E.ON nicht vor.

Selbst Kohlekraftwerke modernster Bauart gelten als doppelt so klimaschädlich wie Gaskraftwerke. Allein der erwartete jährliche Ausstoß von 5,6 Millionen Tonnen CO₂ des GDF-Suez-Kraftwerkes in Brunsbüttel würde die Emissionsbilanz dieses Treibhausgases für ganz Schleswig-Holstein um 22 Prozent erhöhen, erklärt Sybille Macht-Baumgarten, BUND-Vorsitzende im nördlichsten Bundesland. Eine Kriegserklärung der Industrie an den Klimaschutz.

Die Klima killenden Meiler direkt in der Nachbarschaft ertragen zu müssen, ist für die Menschen hinter den Deichen Ausdruck von Zynismus in den Chefetagen der Stromkonzerne. Schließlich ist angesichts des klimabedingten Meeresspiegel-Anstiegs in Niedersachsen erst kürzlich ein neues Programm zur Erhöhung der Deiche aufgelegt worden.

Kraft-Wärme-Kopplung nur in einem Kraftwerk konkret geplant

Ein Kohlekraftwerk ohne Kraft-Wärme-Kopplung hält Heiner Baumgarten, BUND-Landesvorsitzender in Niedersachsen, für die „absurdeste Form der Energieerzeugung, die man sich vorstellen kann“. Dennoch gibt es lediglich für eines der sieben geplanten Kohlekraftwerke an der Unterelbe konkrete Überlegungen zur Nutzung überschüssiger Wärme aus der Stromproduktion. So hat der amerikanische Chemiekonzern Dow, seit den 1960er Jahren auf dem Bützflethersand am Stader Elbufer unter anderem als Chlorproduzent ansässig, einen Kontrakt mit der EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) geschlossen. Hinter dem von beiden Konzernen vorab gelobten „integrierten Energiekonzept“ verbergen sich zwei unabhängig voneinander arbeitende Kraftwerke: Ein von EnBW betriebenes Steinkohlekraftwerk mit 800 Megawatt, das 2015 den Betrieb aufnehmen soll, und ein Gas-Dampfkraftwerk der Dow mit gut 200 Megawatt elektrischer Leistung. Teil des Konzepts: Dow darf aus dem Kohlekraftwerk bis zu 300 Megawatt Dampf für die eigene Produktion abzweigen. Das erhöht den Wirkungsgrad des Kohlemeilers um mehr als zehn auf bis zu 58 Prozent. Der Einsatz von Wasserstoff als zusätzlicher Brennstoff könnte den Kohlendioxid-Ausstoß noch einmal senken. Aus Sicht des BUND durchaus ein Schritt in Richtung effizienterer Ressourcen-Nutzung. Völlig indiskutabel jedoch bleibt der Einsatz des Brennstoffs Kohle.

Mit der Natur leidet der sanfte Tourismus an der Elbe

Politiker von Elbregionen, die mit Natur-Tourismus werben wie etwa im Kehdinger Land zwischen Stade und Otterndorf, sehen schwarz, wenn sie an das Landschaftsbild vor 140 Meter hohen Kesselhäusern, Kohlehalden und 180 Meter hohen Schornsteinen denken. Baulärm über Jahre und der dann folgende Betriebslärm vertragen sich auch nicht mit EU-Vogelschutzgebieten in Sicht- und Hörweite der Meiler. Am Elbufer rasten heute bis zu 80.000 sibirische Weißwangengänse an einem Tag.

Mit ihrem Kühlwasser belasten die Kohlemeiler außerdem unmittelbar die Elbe: Allein das Kraftwerk der SüdWestStrom (SWS) in Brunsbüttel pumpt mit 67 Kubikmetern in einer Sekunde so viel Wasser in die Durchlaufkühlung, wie in 330 Badewannen passen. Jung-Aale und Laich der bedrohten Finte, auch Elbhering genannt, geraten massenweise in den tödlichen Sog der Kraftwerkskühlungen, befürchten Biologen. Dabei steht die Natur der Elbe laut europäischer Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) unter besonderem Schutz.

Das gleiche gilt für Heiden und Moore, die nur wenige Kilometer vom künftigen Kohlenpott entfernt liegen. Das gegen Nährstoffe äußerst empfindliche FFH-Gebiet „Hohes Moor“ zwischen Bremervörde und Stade, seit Jahren mit Millionenaufwand renaturiert, droht durch Stickstoff aus den Kraftwerksschloten überdüngt zu werden, warnt der Stader Kreisnaturschutzbeauftragte Dieter Klaehn. Ähnlich ist die Situation im Vaaler Moor in Schleswig-Holstein.

Standort Brunsbüttel

Noch im Sommer 2009 will das Unternehmen GDF Suez mit dem Bau seines 800-Megawatt-Steinkohlekraftwerkes beginnen. Die Genehmigungsverfahren und eine Änderung des Bebauungsplanes laufen. Konkurrent Südweststrom (SWS) hat über 100 Energieversorger, darunter 50 Stadtwerke, unter einen Hut bekommen, um einen Doppelmeiler von zweimal 900 Megawatt zu installieren. Die Getec Kraftwerk GmbH

Klima schützen – Kohle stoppen!



Auf der Übersichtskarte können Sie sehen, wo überall neue Kraftwerke geplant sind. Auf www.bund.net/klimaschutz finden Sie genauere Informationen zu jedem Standort und Adressen der Aktiven vor Ort.

© Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) 03/09

Energiepolitik tut Not

Im September ist Bundestagswahl und bereits jetzt wird deutlich, dass das Thema „Energie“ im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen wird. Zu Recht, denn abgesehen von Umweltminister Sigmar Gabriels wackerem Widerstand gegen eine Aufweichung des Atomkonsenses hat die Bundesregierung in den letzten vier Jahren kaum Anspruch auf eine Mitgestaltung der deutschen Energiepolitik erhoben.

Vor dem Hintergrund des rasant fortschreitenden Klimawandels ist dies fatal. Denn es steht eine Richtungsentscheidung an: Wollen wir ein Energiesystem, das auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz baut oder wollen wir mehr vom Alten? Denn nach wie vor wollen die Stromkonzerne an ihren zentralen Atom- und Kohlekraftwerken festhalten, um damit ihre marktbeherrschende Position zu zementieren. Hinzu kommt, dass die Politik insbesondere bei Kohlekraftwerken derzeit kaum Einfluss darauf hat, wo und wie viele dieser klimazerstörenden Giganten gebaut werden. Das Resultat können wir derzeit in Norddeutschland besichtigen. Nicht weniger als zwölf Kohlekraftwerke sollen an der Elbe bzw. an Nord- und Ostsee entstehen.

Doch die Menschen an der Küste wollen zu Recht nicht die Leidtragenden dieser verfehlten Energiepolitik sein. An allen Standorten wehren sich die Bürgerinnen und Bürger gegen die Planun-

gen für neue Kohlekraftwerke: Oft aus Angst um die Gesundheit und Lebensqualität für sich und ihre Kinder, immer mehr aber auch aus der Überzeugung heraus, dass nur eine moderne und beherrzte Energiepolitik den weltweiten Klimawandel aufhalten kann. Die Technologien für eine solche Energiewende sind vorhanden. Das haben die Ingenieure der Wind- und Solartechnik, der Fahrzeugtechnik und der Bauwirtschaft bereits eindrucksvoll bewiesen. Nun geht es darum, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass diese Technologien auch eine Chance haben.

Energiepolitik wird deshalb ein Wahlkampfthema sein, vor allem in Norddeutschland, das von der Willkür der Kraftwerksplaner besonders betroffen ist. Nehmen Sie deshalb Ihre Abgeordneten in die Pflicht und vergeben sie Ihr Kreuz auf dem Wahlzettel für das beste Energiekonzept, den Klimaschutz und eine angstfreie, lebenswerte Zukunft.



Ihr Prof. Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender

aus Hannover handelt mit verschiedenen Energieformen und plant in der Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg) ein 800 Megawatt-Werk auf dem Gelände im Bayer-Industrie-Park. Weder Getec noch Südweststrom hatten bis Anfang März einen Genehmigungsantrag bei den Umweltbehörden gestellt. In Brunsbüttel ist außerdem ein „Industrieheizkraftwerk“ geplant, das Dampf und Strom (140 MW) produziert und mit Abfall befeuert wird. Das Atomkraftwerk Brunsbüttel (Vattenfall, 771 Megawatt) ist weiterhin in Betrieb.

Standort Stade

Das Unternehmen GDF Suez plant im Industriegebiet Stade-Bützfleth ein 800-Megawatt-Meiler wie in Brunsbüttel. Die bereits laufenden Genehmigungsverfahren liegen zurzeit auf Eis, nachdem die Bürgerinitiativen vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg Erfolg hatten. Danach soll in einem Normenkontrollverfahren die Wirksamkeit des Bebauungsplanes für den Bereich des GDF-Suez-Kraftwerks überprüft werden. Das dürfte

eine erhebliche Verzögerung des Kraftwerksprojekts mit sich bringen. Auf dem benachbarten Gelände der Dow beteiligt sich der Energiekonzern EnBW mit einem 800-Megawatt-Steinkohlekraftwerk am „integrierten Energiekonzept“, das auch ein 200 Megawatt-Gas-Dampfkraftwerk umfasst – das einzige Projekt mit konkreten Planungen zur Kraft-Wärme-Kopplung. Das Unternehmen E.ON-Kraftwerke plant neben dem abgeschalteten E.ON-Atomkraftwerk, das bis 2015 abgerissen sein soll, einen 1100-Megawatt-Kohlemeiler. Das Unternehmen Prokon-Nord errichtet außerdem eine mit Abfällen („Ersatzbrennstoff“) gespeiste Dampfkraftzentrale für die Eigenversorgung, die im Oktober 2009 in Betrieb gehen soll.

www.bund.net

Der neue Wärmelastplan

Im Dezember 2008 war es endlich so weit: Die Landesregierungen von Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben den neuen Wärmelastplan für die Tidelbe verabschiedet. Damit existiert jetzt eine so genannte verwaltungslenkende Vorschrift, die von den zuständigen Behörden bei wasserrechtlichen Genehmigungen zu berücksichtigen ist. Der Wärmelastplan ist zwar nicht direkt bindend wie etwa eine Verordnung, eine Abweichung muss aber in den einzelnen Genehmigungen umfangreich begründet werden.

Insbesondere für die Kühlwassernutzung durch Kohlekraftwerke ergeben sich wichtige Vorgaben. So ist die Kraftwerksleistung zu drosseln, wenn der Sauerstoffgehalt des Flusswassers unter 6 mg/l liegt. Weiterhin sind maximale Einleittemperaturen und Aufwärmspannen definiert, um vor allem die Fischfauna zu schützen. Für das umstrittene Kraftwerk am Standort Hamburg-Moorburg sind diese Vorgaben bereits in die wasserrechtliche Erlaubnis aufgenommen worden.

Wärme gilt unter Gewässerökologen zu Recht als Schadstoff. Einige Vorgaben des Wärmelastplans hätten aus fachlicher Sicht durchaus schärfer formuliert werden können. Das aber eine entsprechende Vorschrift überfällig war, verdeutlicht das derzeit noch vorherrschende Problembewusstsein in manchen Landesbehörden: Erst vor kurzem gab der oberste Gewässerschützer Schleswig-Holsteins auf einer Tagung zum besten, dass eine Kühlwassernutzung selbst durch alle geplanten Kohlekraftwerke und die vorhandenen Atomkraftwerke Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel an der Elbe kein Problem wäre – unglücklich!

So kann die Devise nur lauten: Der neue Wärmelastplan ist da – und es gibt viel zu tun! Es wird Aufgabe des BUND sein, die Durchsetzung des Wärmelastplans einzufordern und die Wärmebelastung der Tidelbe insgesamt zu minimieren.

Manfred Braasch



Genug Strom im Norden

Von Paul Schmid

■ **Allen Unkenrufen zum Trotz: Auch ohne Kohle- und Atomkraftwerke werden die Lichter in Deutschland nicht ausgehen. Schon gar nicht im Norden, wo neben den derzeit reihenweise beantragten Kohlekraftwerken in naher Zukunft in großem Umfang Windstrom mit Anlagen vor der Küste, so genannten Offshore-Anlagen, erzeugt werden wird.**

Im Auftrag des Hamburger Zukunftsrats haben Wissenschaftler im vergangenen Jahr alle aktuellen Planungen zu fossilen Kraftwerksneubauten und Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung zusammengeführt und kommen zu einem bemerkenswerten Ergebnis: Wenn alle Projekte umgesetzt werden, werden sich die Stromerzeugungskapazitäten in den fünf norddeutschen Ländern bis 2020 trotz Abschaltung des letzten Atomkraftwerks mehr als verdoppeln. Allein die aus Windkraftanlagen bereit gestellte Strommenge würde etwa zwei Drittel des Verbrauchs

in Norddeutschland abdecken. Dazu kämen hoch effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), die zwar vorrangig Energie für die Raumheizung oder Prozesswärme produzieren, aber gleichzeitig elektrische Energie ins Stromnetz einspeisen – allerdings mit deutlich besserer Brennstoffausnutzung als Kraftwerke mit reiner Stromerzeugung. Berücksichtigt man noch die Solarenergie und die Biomasse sowie die riesigen Einsparpotenziale, wäre der gesamte norddeutsche Raum im Jahr 2020 unabhängig von Atom- und Kohlestrom.

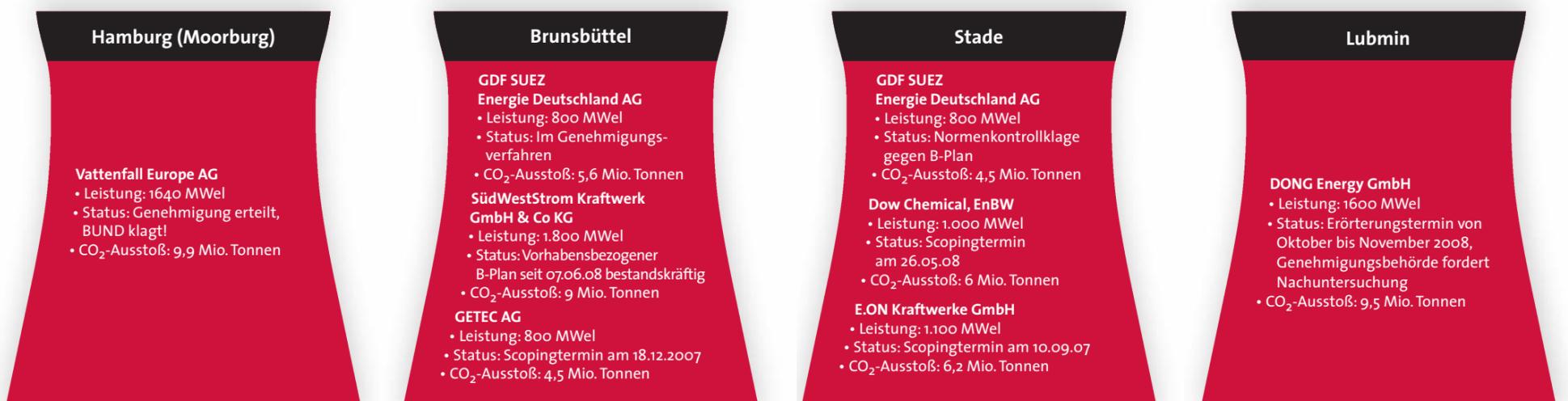
Zu Recht behaupten Kritiker dieses Szenariums, dass vor allem das Windstromangebot starken Schwankungen unterliegt. In der Tat wäre bei einem großen Anteil Offshore-Energie ein ebenfalls großer Bedarf an Regelenergie erforderlich. Dieser müsste über Speicher, ein verbessertes Lastmanagement oder über konventionelle Reservekraftwerke vorgehalten werden, deren Leistung sich schnell anpassen lässt. Kohlekraftwerke sind dazu nur sehr eingeschränkt in der Lage.

Da es jedoch nicht im Interesse der großen Energiekonzerne liegt, nur kurzfristig auftretende Stromlücken zu schließen, setzen sie mit ihren Kohlekraftwerken darauf, die Stromnetze auszubauen und Norddeutschland mit seiner günstigen Lage an den Seehäfen im großen Stil zur Stromexportregion zu machen.

Für die Wissenschaftler der Studie hingegen ist klar: Die wachsenden Überkapazitäten sind nicht dazu geeignet, die Stromerzeugung aus alternativen Energiequellen voranzubringen. Das wird aber dringend nötig sein, um die regionalen und nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.

Es ist deshalb Aufgabe der Politik, die Weichen zu stellen – weg von Kohle und Atom. Denn nirgendwo sind die Voraussetzungen für effiziente und regenerative Stromerzeugung besser als hier im Norden.

Link zur Studie: www.zukunftsrat.de



Moorburg darf nicht ans Netz

Von Manfred Braasch

■ **Der Energiekonzern Vattenfall Europe hat im letzten Jahr alle Register gezogen, um das umstrittene Kohlekraftwerk am Standort Hamburg-Moorburg durchzudrücken. Die interessierte Öffentlichkeit durfte fast täglich sämtliche Totschlagargumente von der zukünftig unsicheren Stromversorgung über die Schaffung von Arbeitsplätzen bis zu hin zur schnellstmöglichen Nachrüstung einer CO₂-Abscheidung in der Tagespresse lesen. Begleitet wurde dies zusätzlich von schwerem Säbelraseln mit einer teuren Amtshaftungsklage gegen die Stadt Hamburg. So verwundert es kaum, dass die zuständige Hamburger Senatorin (Bündnis 90/Die Grünen) das Kraftwerk mit Auflagen genehmigt hat.**

Nun wird mit Hochdruck auf der Baustelle gearbeitet. Insgesamt sollen zwei Milliarden Euro investiert werden, damit bereits 2012 eines der größten Steinkohlekraftwerke in Europa ans Netz gehen kann. Sollte dies der Fall sein, wären alle alternativen Ansätze, einen dezentralen und klimafreundlichen Energiemix für Hamburg aufzubauen, zunichte gemacht.

Dass selbst Vattenfall Europe eine andere Energieversorgung für realistisch und offenbar auch für notwendig hält, konnte man vor kurzem in Berlin erleben. Das Unternehmen setzt als „Energiepartner für Berlin“ zukünftig auf Biomassekraftwerke, dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und hoch effiziente Gaskraftwerke. Welch' Sinneswandel! Genau ein solcher Energiemix war vom BUND für die Hansestadt Hamburg

noch vor gut einem Jahr gefordert worden. Hier zeigt sich auch sehr deutlich, wie schlecht der Hamburger Senat und speziell der Erste Bürgermeister von Beust gegenüber Vattenfall verhandelt und offenbar keine zukunftsfähige Energieversorgung für Hamburg eingefordert hat.

Nun sieht es so aus, dass allein die Klage des BUND Hamburg den Bau des umstrittenen Kohlekraftwerks noch verhindern kann. Das Verfahren beim Oberverwaltungsgericht Hamburg läuft seit November 2008, mit schnellen Entscheidungen ist allerdings nicht zu rechnen. Der BUND macht vor allem wasserrechtliche Bedenken geltend. Aufgrund des gewählten Standortes an der relativ schmalen Süderelbe im Stromspaltungsgebiet des Hamburger Elbabschnitts ist die Belastung des Flusses wegen der gigantischen Kühlwasserentnahme besonders hoch. Grenzwerte einschlägiger EU-Normen und fachliche Vorgaben von Gewässerökologen werden auch bei entsprechenden Bewirtschaftungsauflagen nicht eingehalten.



Baldiges Aus für DONG Energy am Bodden?

Von Arndt Müller

■ **Nach jahrelanger Arbeit der Allianz „Gegen ein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ zeigen sich jetzt deutlich Erfolge. Ende Februar wies die Europäische Kommission die Antragsunterlagen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zurück, mit denen sie in Brüssel eine Stellungnahme zum geplanten 1.600-MW-Steinkohlekraftwerk erbeten hatte. Begründung: Die Unterlagen sind unvollständig, wichtige Untersuchungen auf Umweltverträglichkeit müssen erst abgeschlossen werden. Für den dänischen Stromkonzern DONG Energy wird es nun eng. Bereits 2008 wollte er in Lubmin bauen und 2012 fertig sein.**

Die Stellungnahme der EU-Kommission war notwendig geworden, weil ein Kohlekraftwerk Lubmin Auswirkungen auf das europäische Naturschutznetz NATURA 2000 haben würde. In diesen Fällen beansprucht die EU ein Mitspracherecht und gibt Empfehlungen an die Genehmigungsbehörden. Seit 2007 läuft das Genehmigungsverfahren für eines der umfangreichsten und unsinnigsten Energieprojekte in Nordostdeutschland. Fernab von energieintensiver Industrie, ohne effiziente Kraft-Wärme-Kopplung und in unmittelbarer Nachbarschaft zu FFH- und EU-Vogelschutzgebieten ist das geplante Kraftwerk ein Rückschritt in die finsternste „Stein(kohle)zeit“. Mit seinem Betrieb würde Mecklenburg-Vorpommern den jährlichen Ausstoß von Kohlendioxid von derzeit 10,5 Millionen Tonnen mit einem Schlag auf rund 20 Millionen Tonnen CO₂ verdoppeln. Der Eintrag von Quecksilber in den Greifswalder Bodden – eine der

wichtigsten Kinderstuben des Herings – würde sich um den Faktor 9 auf rund 50 Kilogramm pro Jahr erhöhen. Erwärmtes und in den Greifswalder Bodden eingeleitetes Kühlwasser kann Algenblüten und die Vermehrung von gefährlichen Krankheitserregern, den so genannten Vibriolen, bewirken – für die regional starke Tourismuswirtschaft ein Horrorszenario. Trotz dieser offensichtlichen Genehmigungskiller und mangelhafter Antragsunterlagen zeigte sich DONG Energy optimistisch, über kurz oder lang die Genehmigung zu erhalten. Ein Marathon öffentlicher Erörterungen und zahllose Stellungnahmen auch von Seiten des BUND Mecklenburg-Vorpommern führten allerdings zu einer weiteren umfangreichen Aufgabenliste für die Dänen. Vor Ende des Jahres 2009 wird diese nicht zu bewältigen sein. Gegenwind gibt es inzwischen auch aus der Landespolitik. Die ist über den künftigen Weg der Energiepolitik im Land heillos zerstritten. Das Landeskonzept „EnergieLand 2020“ der Schweriner Koalition aus SPD und CDU ist lange überfällig und weist im Entwurf den fossilen Energiequellen noch immer eine starke Bedeutung zu. Führende SPD-Politikerinnen und Politiker sprechen sich hingegen öffentlich gegen ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin aus.

Alles in allem stehen die Zeichen für DONG Energy nicht gut. Und selbst wenn wider Erwarten die Genehmigung kommen sollte: Der BUND Mecklenburg-Vorpommern wird mit sehr guten Argumenten gegen das Vorhaben klagen.

Mehr Informationen: www.bund-mv.de



kottmeier@agenda-fototext.de

Aktionen und Erfolge gegen neue Kohlekraftwerke

Die großen Stromkonzerne wollen neue Kohlekraftwerke bauen und die Bundesregierung unterstützt sie auch noch dabei. Beide haben jedoch den Protest der Bürgerinnen und Bürger unterschätzt. Immer mehr Menschen setzen sich vor Ort mit dem BUND für mehr Klimaschutz und gegen neue Klimakiller-Kraftwerke ein.

Stade: Eilantrag der Bürgerinitiative führte zum Erfolg

Großer Erfolg für die Anti-Kohle-Bewegung in Stade. Das 800-Megawatt-Projekt von GDF Suez (Electrabel) erhält wegen rechtlicher Fehler in dem bisherigen Bebauungsplan keine Genehmigung. Nach einem Eilantrag der Bürgerinitiative gegen das Vorhaben des belgischen Konzerns GDF Suez hatte das Obergericht Lüneburg Ende Dezember 2008 erkennen lassen, dass es den bisherigen Bebauungsplan für fehlerhaft hält. Das geplante Kohlekraftwerk soll in der Nähe einer Wohnsiedlung entstehen. Nach Ansicht des Gerichts wurde der Lärmschutz in der Planung nicht ausreichend berücksichtigt.



Brunsbüttel: Demonstration gegen Kohlekraftwerke

Gegen den geplanten Neubau von drei Kohlekraftwerken demonstrierten im Februar etwa 700 Menschen. Auch Landwirte aus der benachbarten Wilstermarsch, die in der Hauptwindrichtung der Emissionen liegt, beteiligten sich mit rund 50 Traktoren an dem Protestzug durch die Innenstadt. Ein Bündnis aus Umweltverbänden, Politik und Bürgerinitiativen hatte dazu aufgerufen.



Bremen: Der erste große Erfolg

Den ersten großen Erfolg konnten die Anti-Kohle-Aktivistinnen in Bremen feiern. Entscheidend für das Aus des Kraftwerksprojektes der Bremer swb war der starke Protest vor Ort. In Bremen bildete sich ein breites Protestbündnis mit dem BUND an der Spitze. Mehrere Tausend Bremer Bürger haben aus Protest gegen das geplante Kraftwerk der swb als Stromkunde gekündigt.



Berlin: Vattenfall gestoppt

Nach massivem Widerstand des BUND und weiterer Verbände hat Vattenfall seine Neubaupläne für ein Kohlekraftwerk in Berlin-Lichtenberg gestoppt. Stattdessen soll jetzt ein Gaskraftwerk mit deutlich geringerem CO₂-Ausstoß gebaut werden. Der verhinderte Steinkohle-Block hätte jährlich bis zu 4,5 Mio. Tonnen CO₂ und enorme Mengen an gesundheitsschädlichen Schad- und Giftstoffen in die Berliner Luft geblasen.



Lubmin: Kraftwerk steht auf der Kippe

In Lubmin haben bereits mehrere tausend Menschen gegen das vom dänischen Investor DONG Energy geplante Kraftwerk demonstriert. Der BUND hat angekündigt, gegen eine Genehmigung für das Kraftwerk zu klagen. Durch großen Einsatz im Erörterungstermin konnte erreicht werden, dass sich die Entscheidung über die Genehmigung um mindestens ein Jahr verzögert. Gleichzeitig äußern sich immer mehr SPD-Politiker kritisch zu dem Kraftwerk.



Ensdorf: 79 Prozent dagegen - RWE-Kraftwerk gestoppt

Im Saarland wurde das von RWE geplante Kraftwerk durch eine Mehrheit in einer Bürgerbefragung abgelehnt. 70 Prozent der Bürger sprachen sich gegen das Kraftwerk aus. RWE hat danach seine Pläne zurückgezogen. Der BUND hat im Saarland unermüdlich Aufklärungsarbeit geleistet und eine Informationstour veranstaltet.



Leitung frei für Windstrom

Von Stephan Rutschewski

Die kräftige Brise der Küsten weht die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für neue Kohlekraftwerke endgültig vom Tisch: Der Transport von Offshore-Windstrom hat im engen Stromnetz nämlich gesetzlich Vorrang. Bläst es kräftig, müssen die trägen Ruß-Reaktoren zügig runter gefahren werden. Das ist technisch kaum machbar und ökonomischer Unsinn. Flexibel einsetzbare Gaskraftwerke sind die einzig denkbare Ergänzung zu Wind- und Sonnenstrom.

Ein „Stromeinspeise-Modell“, das jüngst die Universität Flensburg vorgelegt hat, beweist am Beispiel Brunsbüttel: Selbst wenn die Kapazität des Stromnetzes dem massiv steigenden Angebot von Offshore-Windenergie angepasst wird, kämen die drei geplanten Kohlekraftwerke (Gesamtleistung 3.200 Megawatt) übers Jahr nicht ausreichend lange zum Einsatz, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Statt kalkulierter 7.000 bis 8.000 Stunden könnten die Kohleleiler

nur zwischen 4.111 und 6.190 Stunden unter Vollast Strom ins Netz einspeisen, hat Wirtschaftsingenieurin Frauke Wiese, Autorin der Flensburger Studie, ausgerechnet. Zu wenig, um die Kapitalkosten zu decken, geschweige denn, Rendite einzufahren. Noch schlechter fällt die Bilanz aus, wenn die Kohleleiler im Sommer wegen mangelnder Kühlmöglichkeiten die Leistung herunterfahren müssen, wie es der Wärmelastplan für die Elbe vorsieht.

Dass Offshore-Windstrom im Leitungsnetz mit begrenzter Kapazität Vorfahrt vor Kohlestrom hat, steht im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das damit nicht nur für Brunsbüttel, sondern bundesweit tief greifende Veränderungen des Strommarktes vorzeichnet. Mit Kohle befeuerte Kraftwerke für die „Grundlast“, so lautet inzwischen die Erkenntnis, sind nicht Voraussetzung für den Einsatz Erneuerbarer Energien, sondern stehen dazu im Widerspruch.

„Die Ökonomie arbeitet für den Klimaschutz und für

die Gegner neuer Kohle- und alter Kernkraftwerke“, bewertet Professor Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg das Ergebnis der Studie. Gaskraftwerke eigneten sich wesentlich besser dafür, die Schwankungen des Windstromangebots auszugleichen, so das Mitglied des Weltklimarats IPCC und des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung.

Um die Klimaziele mit einer vergleichsweise risikoarmen Stromversorgung sicherzustellen, sind aus Sicht der Universität Flensburg neben flexibel einsetzbaren Gaskraftwerken neue Speicherkonzepte für Strom und eine „Glättung der Verbrauchsspitzen“ seitens der Stromkunden erforderlich.

So könnten neben so genannten „virtuellen Kraftwerken“ (Verbund dezentraler Kraftwerke), norwegischen Speicherwasserkraftwerke die beste (günstige und CO₂-freie) Option zur Ausregelung der Windschwankungen sein.

Dörpen

BKW FMB Energie AG

- Leistung: 900 MWel
- Status: Scopingtermin am 25.06.07
- CO₂-Ausstoß: 5,1 Mio. Tonnen

Wilhelmshaven

GDF SUEZ Energie Deutschland AG

- Leistung: 800 MWel
- Status: vorzeitiger Baubeginn 16.06.08
- CO₂-Ausstoß: 4,5 Mio. Tonnen

E.ON Kraftwerke GmbH

- Leistung: 550 MWel
- Status: Scopingtermin im Juni 2008
- CO₂-Ausstoß: 2,3 Mio. Tonnen

Emden

DONG Energy GmbH

- Leistung: 800 MWel
- Status: B-Plan Aufstellungsverfahren angelaufen
- CO₂-Ausstoß: 4,5 Mio. Tonnen

Steinkohlekraftwerk Dörpen

Das Emsland soll nach dem Willen der Schweizer Firma BKW FMB Energie AG mit einem Kohlekraftwerk „beglückt“ werden: Während der Energiekonzern auf seiner Webseite von seinem „praktisch CO₂-freien Strom“ spricht, will er in Dörpen ein 900-MW-Kohlekraftwerk bauen, das mit jährlich 5,1 Mio. Tonnen CO₂ den Klimawandel beschleunigen wird.

Um den Bau zu verhindern, gründete sich im Juli 2007 die Bürgerinitiative „Saubere Energie Dörpen“, die auf vielfältige Art und Weise über die Gründe, die gegen das Kohlekraftwerk sprechen, informiert.

So zeigte die BI dem Dörpener Bürgermeister mit Unterschriftensammlungen und einer Großdemonstration mit mehreren tausend TeilnehmerInnen eindrücklich, dass die Bürger Dörpens ein Kohlekraftwerk ablehnen. Unterstützung erhält der Widerstand von Emsländer Medizinern: Mehr als 100 ÄrztInnen unterschrieben eine Petition gegen den Bau, da dieser zu hohen Gesundheitsbelastungen führen würde. Mit großer Mehrheit verließen die Bürger der Nachbargemeinden ihrem Unmut ebenfalls per Petition Ausdruck. Auch der Kreisvorstand der SPD lehnte das geplante Kraftwerk in einem Beschluss einstimmig ab. Die anfängliche Aussage des Bürgermeisters, dass ein Kohlekraftwerk ohne die örtlich ansässige Papierfabrik UPM Nordland Papier GmbH nicht gebaut wird, erwies sich inzwischen als Lippenbekenntnis. Obwohl das Unternehmen im Januar dieses Jahres seine Beteiligungspläne aufgab, wird die Planung weiter vorangetrieben. Derzeit wird für das Vorhaben ein Bebauungsplan aufgestellt.

Stephan Rutschewski (sr)

Drei Dreckschleudern in Wilhelmshaven

Im niedersächsischen Wilhelmshaven hat der Rat der Stadt über die Bauleitplanung den Weg für bis zu vier neue Steinkohlekraftwerke frei gemacht. Bereits seit 1976 läuft ein Kohlekraftwerk (730 MW, Betreiber: E.ON), dessen Laufzeit verlängert werden soll. Aktuell sollen zwei weitere Meiler hinzukommen: Der belgische Investor GDF Suez und sein Partner, das Schweizer Energieunternehmen BKW FMB Energie, bauen bereits einen 800-MW-Meiler, E.ON plant für 2010 den Bau einer neuen Anlage (500 MW) mit „Weltrekordwirkungsgrad 50 plus“. Damit hätte Wilhelmshaven drei dieser Dreckschleudern!

Die nach dem Standort der Kohlekraftwerke benannte Bürgerinitiative gegen Kohlekraftwerke und für Klimaschutz „Zeche Rüsterei Groden“ hält dagegen. Auch 118 Ärzte aus Wilhelmshaven und Umgebung wehren sich gegen die Kraftwerksneubauten, da die Feinstaubbelastung vor allem Kinder und ältere Menschen bedrohe. In offenen Briefen und bei Informationsveranstaltungen forderten die Mediziner den Stadtrat auf, die Gesundheit der Bürger zu achten und die Kohlekraftwerke nicht zuzulassen.



Vergeblich: Der Oberbürgermeister bezeichnet ihre Einwendungen als Panikmache. (sr)

Saubere Luft in Ostfriesland?

„... Satte Wiesen, frische Luft und schon naturgemäß eine Region mit weitem Horizont!“, so der Slogan der Bürgerinitiative „Saubere Luft Ostfriesland“, die gegen die Baupläne von DONG kämpft. Unterstützung erhält sie dabei von der Mehrheit der Emdener PolitikerInnen u. a. auch dem Oberbürgermeister von Emden, Alwin Brinkmann (SPD).

In der ostfriesischen Hafenstadt Emden plant der dänische Energieriese DONG Energy den Bau eines 800-Megawatt-Kohlekraftwerks am Wybelsumer Polder. Ein weiterer 800-Megawatt-Block könnte nach Angaben von Niedersachsen Ports GmbH (Betreiber der Häfen) noch dazukommen. Für DONG Energy ist der Standort besonders wegen der direkten Anbindung an das seeschifftiefe Wasser und der gut ausgebauten Hinterlandanbindung interessant. Schon der Bau eines Blocks würde mit einem jährlichen Ausstoß von 4,5 Mio. Tonnen CO₂ zum Klimawandel beitragen. Pikant: Für den Neubau würde das Unternehmen in Dänemark aufgrund gesetzlicher Effizienzaufgaben keine Genehmigung erhalten. In Deutschland – kein Problem!

Die Stadt Emden kann durch Erlass eines Bebauungsplans Einfluss auf die Zulassungsentscheidung für die Errichtung eines Kohlekraftwerks nehmen. Der Stadtrat Emden hat demnach die Möglichkeit, das Verfahren zu steuern und das Kohlekraftwerk zu verhindern. (sr)

Atomkraft? Nein Danke!

Atomenergie – ein gefährlicher und teurer Irrweg



BUND-Aktive protestierten am 5. Februar 2009 gegen die Lobbyveranstaltung der Atomindustrie in Berlin.

Von Thorben Becker

■ Eigentlich hat die große Koalition am Atomausstieg festgehalten, eigentlich. Tatsächlich aber wird in den vier Jahren schwarz-roter Regierung nicht ein einziges deutsches Atomkraftwerk vom Netz gehen. Die Stromkonzerne investieren in Laufzeitverlängerungen. Sie lassen ihre alten AKW für viele Monate vom Netz und nehmen Millionen-Verluste in Kauf. Sie hoffen auf längere Laufzeiten für ihre alten Atommeiler nach den Bundestagswahlen und damit auf noch höhere Gewinne.

Wenn der Atomausstieg wie geplant fortgesetzt wird, müssen in der nächsten Legislaturperiode sieben AKW vom Netz genommen werden. Deshalb wird 2009 eine wichtige Richtungsentscheidung für die Zukunft der Atomkraft in Deutschland bringen. Die zentrale Frage ist: Geht es endlich los mit dem Atomausstieg oder sollen die alten und gefährlichen AKW noch lange Jahre weiterlaufen?

Vertreter von CDU/CSU und FDP fordern längere Laufzeiten für die deutschen AKW. Dahinter stehen die Stromkonzerne in Deutschland, für die jedes Jahr Weiterbetrieb eines ihrer alten, abgeschriebenen Reaktoren einen Gewinn von etwa 100 Mio. Euro bedeutet.

BUND-Aufruf: Kommt am 5. September zur Anti-Atom-Demo nach Berlin!

Am Samstag, 5. September, drei Wochen vor der Bundestagswahl findet eine zentrale Demonstration gegen längere AKW-Laufzeiten statt. Die große Demonstration ist zugleich Schlusspunkt eines Traktor-Trecks der bäuerlichen Notgemeinschaft aus dem Wendland. Damit knüpfen wir an die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung an: Vor 30 Jahren, am 25. März 1979, einige Tage nach dem nur knapp verhinderten GAU im US-Atomkraftwerk Harrisburgh, starteten in Gedelitz um die 1.500 Menschen mit 150 Traktoren, auf Fahrrädern und zu Fuß nach Hannover. Das war der legendäre „Gorleben-Treck“, der 31. März in Hannover von 100.000 Demonstranten begrüßt wurde. Wenige Wochen später verkündet der CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht, eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben sei politisch nicht durchsetzbar. 2009 lernen die Bundespolitiker vielleicht: Eine längere Laufzeit der AKWs ist politisch nicht durchsetzbar ...

Die Gefahren der Atomkraft wachsen

Die gravierenden Probleme der Atomkraft sind nicht plötzlich verschwunden, nur weil AKW jetzt gerne als klimafreundlich gepriesen werden. Atomreaktoren bleiben ein großes Sicherheitsproblem. Es besteht das ständige Risiko eines schwerwiegenden Unfalls verbunden mit dem Austritt von Radioaktivität. Das haben zuletzt die schweren Störfälle in den AKW Brunsbüttel und Krümmel im Sommer 2007 und im slowenischen AKW Krsko im Juni 2008 gezeigt. Die Risiken der Atomkraft verschärfen sich noch, wenn ausgerechnet die ältesten und unsichersten AKW eine längere Laufzeit bekommen sollen. Gerade ältere Atomkraftwerke sind besonders anfällig für Gefahren von außen wie etwa Flugzeugabstürze oder Terroranschläge. Auch sieben Jahre nach dem 11. September hat sich an der schlechten Sicherheitslage der deutschen AKW nichts Wesentliches geändert. Und sogar im Normalbetrieb sind AKW eine große Gefahr. Eine umfangreiche Studie hat nachgewiesen, dass das Risiko für Kinder an Krebs zu erkranken zunimmt, je näher sie an einem AKW wohnen. Deshalb bleiben die bisherigen Argumente gegen die Atomkraft auch weiter aktuell.

Kein sicheres Endlager

Und für die Lagerung des hochradioaktiven Atomabfalls gibt es nach wie vor weltweit keine Lösung. Dennoch wird seit Jahrzehnten der gefährliche Strahlenmüll produziert. In Deutschland ist zuletzt das Experiment im alten Salzbergwerk Asse II schwach- und mittelradioaktiven Müll einzulagern nach wenigen Jahren gescheitert. Dabei muss Atomabfall für mindestens eine Million Jahre sicher gelagert werden. Die einzige vor kommenden Generationen zu verantwortende Politik ist es, sofort mit der Produktion des Atomabfalls aufzuhören.

Atomkraft ist nicht CO₂-frei

Wenn die gesamte Produktionskette vom Uranbergbau bis zum Abbau der AKW und der Endlagerung des Atomabfalls betrachtet wird, dann wird auch bei der Erzeugung von Atomstrom CO₂-emittiert. Die Atomkraft schneidet im Vergleich schlechter ab als etwa Windenergie oder Wasserkraft. Das größte Problem der AKW ist der schlechte Wirkungsgrad. Mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie geht als nicht genutzte Abwärme verloren. Deshalb sind moderne Kraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, teilweise besser – auch dann, wenn sie fossile Brennstoffe wie Gas nutzen. Die Bilanz wird sich in den nächsten Jahren weiter zu Lasten der Atomkraft verändern. Die erneuerbaren Energien werden immer effizienter. Dagegen wird in Zukunft das Uran in größeren Tiefen und in schlechteren Qualitäten gefördert werden müssen. Die Folge: Die CO₂-Bilanz der Atomkraftwerke verschlechtert sich.

Atomkraft ist verzichtbar

Die deutschen Atomkraftwerke könnten problemlos durch erneuerbaren Energien ersetzt werden. Im Jahr 2007, als mehrere Atomkraftwerke über Monate nicht am Netz waren, hat Deutschland in der Gesamtbilanz noch immer den Strom von zwei Atomkraftwerken exportiert. Im Jahr 2023 wird deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden als durch das Abschalten der Atomkraftwerke wegfällt. Bereits 2010 werden Wind- und Wasserkraftwerke, Solar- und Biogasanlagen pro Jahr rund 110 Mrd. Kilowattstunden Strom liefern. Die fünf Atomkraftwerke, die nach dem Atomgesetz bis dahin stillgelegt werden sollen, produzieren jedoch jährlich zusammen lediglich 28 Mrd. Kilowattstunden Strom. Im Jahr 2007 hatten die AKW noch einen Anteil von 22 Prozent am Stromverbrauch. Im Jahr 2020 werden die erneuerbaren Energien einen Anteil von über 30 Prozent haben.

Längere Laufzeiten? Strompreise sinken nicht

Seit Jahren sind 17 Atomkraftwerke am Netz und haben nicht zu einem niedrigen Strompreis beigetragen. Daran wird sich nichts ändern, nur weil die Meiler länger laufen dürfen. Nach Berechnungen des Öko-Instituts spart ein durchschnittlicher Haushalt durch Verschieben des Ausstiegs gerade einmal 12 bis 50 Cent im Monat beim Strom. Schon der Austausch einer einzigen 60-Watt-Glühlampe durch eine Energiesparlampe entlastet einen Haushalt mehr als längere Laufzeiten für deutsche AKWs. Sinkende Strompreise wird es nur mit echtem Wettbewerb und sinkenden Konzerngewinnen geben.

Und Atomstrom kann nur billig erzeugt werden, weil die Stromkonzerne die Kosten nicht in vollem Umfang selbst tragen. Die Schäden, die ein Unfall verursachen kann, sind nur zu einem Bruchteil versichert. Bei voller Haftung wäre die Prämie so hoch, dass der Atomstrom unrentabel würde.



Klima schützen! Kohle stoppen! Aktiv werden!

Die neue Klimabewegung – sind Sie dabei?

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie müssen nicht in der Nähe eines der geplanten Kohlekraftwerke wohnen, um sich gegen die gefährlichen Klimakiller zu engagieren. Auch über das Internet lässt sich der lokale Widerstand stärken. Zum Beispiel haben viele tausend Menschen aus ganz Deutschland über den BUND an die Grünen in Hamburg geschrieben und sie dazu aufgefordert, in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU ihr Nein zum

geplanten Hamburger Kohlekraftwerk durchzusetzen. Aktuell läuft eine Aktion gegen das neue Kohlekraftwerk in Düsseldorf, das die EnBW gegen den Willen aller Düsseldorfer Parteien bauen will. In diesem Jahr wird es bei der Bundestagswahl und den Klimaverhandlungen in Kopenhagen klimapolitische Weichenstellungen geben. Tragen Sie sich noch heute in den Kampagnen-Newsletter ein, und wir halten Sie auf dem Laufenden: www.bund.net/kohle

Jetzt weg von Kohle- und Atomstrom!

**Sie wollen etwas gegen neue Kohlekraftwerke tun?
Sie wollen keinen Strom aus gefährlichen Atomkraftwerken?
Sie wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern?
Sie wollen ihre persönliche Klimabilanz verbessern?**

Der Bezug von Ökostrom ist die einfachste Möglichkeit, die persönliche Klimabilanz zu verbessern. Ein Durchschnittshaushalt spart im Jahr durch den Umstieg auf Ökostrom bis zu 1.800 kg CO₂. Zum Vergleich: Ein Jahr Autofahren verursacht im Schnitt 2.000 kg CO₂. Wechseln Sie jetzt zu einem Ökostromanbieter!

Der Wechsel geht einfach und schnell.

Mehr Informationen unter der kostenlosen **Hotline 0 800-7 62 68 52** oder über den Ökostrom-Preisrechner unter www.bund.net

1 Gemeinsam gegen Kohle

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

Zwölf neue Kohlekraftwerke sollen in den nächsten Jahren allein in Norddeutschland gebaut werden. Für den Klimaschutz und die Menschen an den Kraftwerksstandorten ist dies eine Katastrophe.

Kein Wunder, dass sich die Menschen in Stade, Brunsbüttel und Hamburg, in Lubmin, Dörpen und Emden zusammenschließen, um die Pläne der Stromkonzerne und der Politiker zu durchkreuzen!

Der BUND hilft ihnen dabei. In Hamburg hat der dortige BUND-Landesverband bereits Klage gegen das Kohlekraftwerk Moorburg eingereicht und sieht gute Chancen, diese zu gewinnen. Für die anderen Standorte im Norden hat der BUND zentral in Hamburg eine Stelle eingerichtet, um die einzelnen Planungsverfahren zu begleiten und die Gruppen und Initiativen vor Ort zu unterstützen.

Nur gemeinsam können wir das Schlimmste verhindern. Helfen auch Sie!

**BUND Hamburg · Stichwort: Kohleexpress
Spendenkonto 1230/122226
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50**

Info unter Tel. 0 40/60 03 87-16 oder unter stephan.rutschewski@bund.net

Verstärkung

Kohlewiderstand im Norden

(HH) – Stephan Rutschewski (31) ist seit Januar als Projektmitarbeiter für Klimaschutz und Kraftwerksplanung des BUND beschäftigt. Das Projekt ist eine Kooperation der Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie des BUND-Bundesverbandes mit dem Ziel, neue Kohlekraftwerke in Norddeutschland zu verhindern.

Der diplomierte Wirtschaftsingenieur unterstützt die BUND-Gruppen und Initiativen vor Ort. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Kraftwerkspläne an der Tideelbe in Stade und Brunsbüttel. Aber er wird auch den Widerstand der KraftwerksgegnerInnen in Emden und Dörpen aktiv mitgestalten.

Nach seiner Diplomarbeit beim Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung arbeitete Stephan Rutschewski in den letzten zwei Jahren für die Abteilung Luft des Umweltbundesamtes.

**BUND-Landesgeschäftsstelle
Hamburg
Lange Reihe 29
20099 Hamburg**

stephan.rutschewski@bund.net
T. 0 40 / 60 03 87-16



Impressum

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland LV Hamburg, LV Niedersachsen, LV Schleswig-Holstein e.V. (BUND), Friends of the Earth Germany, Lange Reihe 29, 20099 Hamburg, Fon (0 40) 60 03 87-0, Fax (0 40) 60 03 87-20, Redaktion: Paul Schmid, Manfred Braasch (V.i.S.d.P.), Stephan Rutschewski, Thorben Becker Gestaltung und Produktion: Claudia Gunkel, Natur & Umwelt GmbH, Berlin März 2009, info@bund.net, www.bund.net/klimaschutz



**Klima schützen!
Ich bin dabei.**

Sie fanden diese Ausgabe des Klima-Express interessant?

Und Sie wollen unsere Arbeit für den Klimaschutz unterstützen? Dann freuen wir uns über Ihre Unterstützung! Denn der BUND finanziert seine Arbeit zu fast 90 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Werden Sie jetzt BUND-Mitglied und Sie bekommen ein Klimaretter-Begrüßungsgeschenk! www.bund.net/klima